

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Preis in der Stadt frei Haus monatlich M. 5.—, für Abnehmer M. 4.90 durch auswärtige Boten 5.50 M. monatlich; bei Postbestellung monatlich M. 6.— frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 25 Pf. Postbezugs-Konto Leipzig 16 654. Geschäftliche Säkularstraße 4. Für unerbetene Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Tag. Mittw. Zeitraum 30 W. und Die laufende Monatsquartale wird vom Verleger auf seine Anzeigen in Zahlung angenommen. Anzeigenpreis 50 Pf. Porto 10 Pf. Ferner. Norm. Anzeigenpreis 10 Pf. vom. Ferner. 100. Größtensort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 47.

Freitag, den 25. Februar 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Der Reichswirtschaftsrat einmütig gegen die Pariser Beschlüsse. Eine neue Rede des Außenministers Dr. Simons. Die englische Regierung gegen eine Verlängerung der Rheinland-Befestigung. England stellt 3 Bataillone zur evtl. weiteren Befestigung Deutschlands. Die Resolution Knox über die Erklärung des Friedensabkommens mit Deutschland ist in erster Lesung vom amerikanischen Kongress angenommen worden. Der Postminister beschlagnahmt das deutsche Flugzeugmaterial in Schleswig-Holstein und Danzig. Belgien weicht nicht mehr nach mit den deutschen Kohlen. Beben des Japans gegen den Bündnisvertrag mit England. Ausbeutung der Matrosen-Meuterei in Kronstadt.

Dr. Simons' Rede im Reichswirtschaftsrat. Kommentare der Berliner Presse.

Reichswirtschaftsrat Dr. Simons hielt gestern im Reichswirtschaftsrat eine einstudstündige Rede über die Pariser Beschlüsse, die deutschen Gegenmaßnahmen und die Haltung der Regierung auf der bevorstehenden Konferenz. Die Berliner Morgenblätter nehmen in der Beilage Kommentare zu dieser Rede Stellung. Die „Deutsche Zeitung“ befragt den Postminister, in dem vor unbedeutenden politischen Wertungen zu warnen wird. Simons' bedeutungsvolle Rede wird nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland mit dem größten Interesse gelesen werden und der Hinweis auf die Möglichkeit unbedachter politischer Abenteuer muß also dringend notwendig gewesen sein. Umso bedeutender, daß Dr. Simons keine weiteren Ausführungen ansetzen hat. Der „Reus-Aktiva“ will scheinen, daß Minister Simons nicht mit der richtigen Einschätzung der Pariser Entwaffnungsfrage einverstanden ist. Die „Germania“ schreibt: Minister Simons hat den unüberlegten Beweis geführt, daß die Übermäßigkeit der Forderungen, insbesondere die verlangte Auslieferung der deutschen Volkswirtschaft den letzten Damm nehmen und nicht nur das deutsche Volk zu Elend und Not verurteilen wird, sondern die ganze Weltwirtschaft in den Strudel abzurufen mit hineinziehen muß. Die „Voll“ hat Grund zu glauben, daß die Reichsregierung umhinbe darf die Resolutionen nicht aufzugeben hat. „Barum versteht sie denn nicht“, schreibt das Blatt, „Verständnis für diese außerordentlich wichtige Frage im Volk zu wecken. Durch Schwärze kann die unbedingt notwendige Einheitsfront nicht erreicht werden.“

„Ein kleiner Kreis von Phantasten.“

Die „Deutsche All. Ait.“ — also nicht das erste Senationsblätterchen — veröffentlicht die Zuschrift einer hervorragenden Persönlichkeit unseres Wirtschaftslebens, die in geheimnisvollen Andeutungen vor unüberlegten Streitmaßnahmen warnt. Sie behauptet diese von einem „kleinen Kreise politisch kurzschichtiger Phantasten“ für die Lage der Londoner Konferenz. Was gemeint ist, ist vollständig schieferhaft. Am nationalförmlichen Lager ist alles ruhig. Auf der Gegenseite herrscht Geduld und äußerster Streit. Unüberlegte Handlungen sind schließlich kein Berliner Monopol. Unter der Arbeiterschaft des Reichs und der belgischen Gebiete gibt es antinationalen. Der Nationalsozialismus steht fest auch im Süden, und — Apropo inwiefern in Berlin. „Ein kleiner Kreis politisch kurzschichtiger Phantasten“ und „agents provocateurs“ dahinter? Vielleicht hängt es so zusammen.

Die Entwaffnungsfrage in London.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, geht die deutsche Regierung nicht mit dem Vorhaben nach London, über die Frage der Entwaffnung neue Verhandlungen mit den Alliierten anzubahnen. Wenn der Chef der Delegation General v. Seckl die deutsche Delegation begleitet, so handelt es sich vor allem darum, eine Klärung über einige noch strittige Punkte des Entwaffnungsabkommens herbeizuführen.

Der Postminister beschlagnahmt deutsche Flugzeuge Paris, 25. Febr. (Ein. Drahtber.) Der Postminister prüfte gestern die Frage des deutschen Flugzeugmaterials im fest bündischen Schleswig in und in Dan-

Ein Schritt zum Frieden in Amerika.

Die Resolution Knox in 1. Lesung angenommen. Saag, 24. Febr. Die bekannte Resolution des Senators Knox über die Erklärung des Friedensabkommens mit Deutschland ist in erster Lesung vom amerikanischen Kongress angenommen worden. Hierzu wird aus St. Paulus in neuerdings gemeldet, daß Knox sofort nach seinem Amtsantritt die Resolution Knox durch den Kongress annehmen lassen wolle, in der erklärt wird, daß fortan Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten besteht. Die Konsularverträge zwischen beiden Ländern sollen sofort wieder erneuert werden. Hinsichtlich aller Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten einerseits und zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland andererseits betreffend die Finanzangelegenheiten, die gegenwärtig schweben, auf dem laufenden. Alle Verhandlungen sollen von dem neuen Staatssekretär Hughes geführt werden.

England gegen Verlängerung der Rheinlandbefestigung.

London, 25. Febr. Die englische Regierung erklärte im Unterhaus, daß hinsichtlich der Dauer der Befestigung des Rheinlandes keinerlei Veränderung eingetreten sei und nach wie vor die Artikel 428 bis 431 des Versailler Vertrags maßgebend seien. Damit stellt sich die englische Regierung gegen den Vorschlag der Versailler Vertrags und hat sich der französischen Auffassung über die Sinnhaftigkeit der Fortsetzung der Rheinland-Befestigung nicht angeschlossen.

Amerika zieht die Rheinlandstruppen zurück.

Die amerikanische Regierung teilte am Mittwoch der belgischen offiziell mit, daß im Konsent die Entschleunigung getroffen wurde, die Besatzungstruppen vom Rhein zurückzuführen.

Bereitstellung englischer Einmarschstruppen?

Laus „Echo de Paris“ habe sich England bereit erklärt, drei Bataillone der Rheinarmee für eine weitere Befestigung Deutschlands zur Verfügung zu halten, sobald eine Vollmacht des alliierten Rates dazu erteilt.

ig. Nach amtlicher Mitteilung gehöre dieses Material der Gegend, Besondere Delegation des Volkswirtschaftsrates seien in Schleswig und Danzig ein Inventarverzeichnis von diesem Material aufnehmen und davon Bestellungen erteilen. Weiter soll eine Note an den Völkerbund gerichtet werden über die Waffenfabrik von Danzig, die noch immer Waffen herstellt und ausliefert.

Der Kohlenverkauf in Belgien.

Brüssel, 24. Febr. Anfolge des Span-Dittales nehmen die Kohlenverkäufe in Belgien an zu nehmen. Die Regierung ist in Betreff der Kohlen, ob sie mehr als 120 000 T. deutsche Kohle weiter lagern oder zu niedrigen Preisen abstoßen soll. Die Kohle des Bestands in Belgien wäre, daß der Preis für Kohle sinkt und die Verweigerung der Arbeiter nicht mehr die hohen Löhne zahlen können. Die Regierung plant jetzt, die belgischen Verlangen den Schiffsmaterial zu liefern auch zu haben Preis zu überlassen, damit sie als Material für Verwendung finden.

Billige Kohle in England.

London, 25. Febr. (Ein. Drahtber.) Die Vereinigung der Kohlenbesitzer hat eine neue Ermäßigung für Kohle festgesetzt. Kohle besser Qualität, deren Preis bisher 50 Schilling betrug, kostet jetzt 47 Schilling.

Japans Furcht vor Isolierung.

Revision des Bündnisses mit England? Nach der japanischen Zeitung „Yokohama“ plane die japanische Regierung eine Revision des deutsch-japanischen Bündnisses. Der von dem russischen und japanischen

Großadmiral von Tirpitz über unsere Zukunft.

Das am nächsten Sonntag erscheinende Heft der „Grenzboten“ wird den Wortlaut einer Rede veröffentlicht, die Großadmiral v. Tirpitz kürzlich in einem Hamburger Kreise gehalten hat. Der Großadmiral begründet damit zunächst das längere seines Glaubens, daß von einer Defensiv der deutschen Flotte nicht die Rede sein kann. Allerdings warn er vor dem Gedanken, daß wir uns damit zufriedig geben, ein neues Weimar zu erstehen. Wenn wir nicht wieder stark werden, ist auch jeder weitere kulturelle Aufstieg unmöglich. Doch eine Rede von Tirpitz, insbesondere die mächtig aufsteigende nationale Bewegung unserer Jugend befaßt Tirpitz in seiner hoffnungsvollen Auffassung. Das, was Tirpitz über die augenblickliche Gestaltung der äußeren Politik sagt, mögen wir hier — unbeschadet unserer eigenen in einigen Einzelheiten abweichenden Auffassung — als höchst beachtliche Gesichtspunkte wiedergeben: Der Großadmiral führt aus: „England hat tatsächlich zurzeit eine Oberhoheit über ganz Europa erlangt. Auch Frankreich hat eine Vorfälligkeit an England. Die nordafrikanischen Kolonien kann England jederzeit fassen und als Erbschaft betrachten. Englands Herrschaft geht über Europa hinweg, umfaßt ganz Afrika, geht über Neopolenien bis Indien und will noch mehr. Es ist unser Bestreben, diesem Zustand entgegenzutreten; je mehr es bekommt, desto hungrier wird es. Dagegen ist, daß England gerade, um als Kriegstreiber und allgemeinen Unfrieden hinzusetzen zu können den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker aus Stärke propagiert hat. Was es in Wahrheit darunter versteht, sieht man am heutigen Irland. Wenn sich nicht bei uns der Wille zum Neuanfang fängt und eintritt, dann ergibt sich ohne weiteres, daß wir nach den Staaten, die noch in der Entwicklung begriffen sind, also nach dem Osten zu, eine erteilung der Anlehnung haben müssen. Wir müssen dabei natürlich immer die Verhältnisse berücksichtigen. Wenn Anlehnung nach Niederwerfung des Volkswillens als Staat wieder austritt, kann man heute nicht sagen. Das England und alles Mögliche bewilligen und bei einem solchen Versuch die totalen Interessen aufzuheben wird, ist sicher. Aber in weitem Sinne betrachtet, wäre das Suchen nach Anlehnung im Osten und die Abhängigkeit Englands richtig. Aktuell steht dagegen, daß wir das blutige Eisen Frankreichs augenblicklich am stärksten spüren und auf die Dauer nicht ertragen können.“

Daraus folgt die mögliche Notwendigkeit, gewisse Grenzgebiete von England anzunehmen, falls England einen Wert auf uns als Abnehmer noch legt. Wir sollten die Hoffnung hierauf aber nicht zu hoch spannen, denn England braucht meines Erachtens weiter den Deen und das patriotische Sentiment Frankreichs zu anderen Jueden. England pendelt hin und her zwischen Amerika und Japan; es hat Frankreich in der Hand und kann nicht wissen, wann es Frankreich wieder braucht. Die Rede, die Lord Derby neulich gehalten hat, ist charakteristisch. Das schließt aber nicht aus, daß wir im gegebenen Fall auch mit England zu gehen haben. Besser wäre jedenfalls, wir könnten uns an Amerika halten; ob das im Augenblick geht, ist etwas anderes; ich spreche jetzt nur von dem Grundgedanken. Die Politik Wilsons darf man nicht gleichfalls mit Amerika selbst; da ist ein ganz wesentlicher Unterschied, den wir im Auge behalten müssen. Ich habe einige Fühlung mit hohen Staatsmännern in Japan gehabt und weiß, daß die Japaner sich darüber klar sind, mit Zulassung des Niederlagen von Deutschland eine politische Dummheit begangen zu haben. Die Japaner haben sich nicht getraut, daß wir niedergebunden werden könnten. Sieht man sie. „Ja, wir müssen gegen uns mit euch gehen. Du erntest letzten Ende nicht uns das aber nicht, denn ihr seid keine Macht.“ Da haben die Japaner recht, denn unsere Flotte liegt auf dem Grunde von Scapa Flow. Sie müssen sich jetzt also ebenfalls an England halten, aber darüber machen sie sich keinerlei Illusionen, daß sie bei einem Konflikt mit Amerika von England wahrscheinlich glosst in Stich gelassen werden. Das wir mit unseren Nachbarn, Holland, Schweden und der Schweiz möglichst gute wirtschaftliche Beziehungen schaffen müssen, versteht sich von selbst. Der Deutsch-Oesterreich gar nicht zu sprechen. Völligst kommt es von selbst zu uns, was das Gebiete wäre. Wir dürfen es nicht zu sehr drängen, aus Versehen den Oesterreichern einen Schritt machen unter dem Strich mit stellen. Es hat formal nicht Unrecht, wenn die Besinnungen der März sind 1914 von uns nicht inne gehalten werden. Italien versteht aber, daß es uns in Zukunft brauchen kann. Wel unserm Verhalten zu diesem, wie überläßt bei den Dr

Die vorbeschriebene Ordnung zur Erhebung einer Nachpfandsteuer

bestimmt, daß Nachpfandverträge über im Stadtbereich Merseburg gelegenen Nachbestände oder solche, die mit einem bestimmten Nachbestand in einem gemeinsamen Zusammenfassungsvertrag mit 50 Proz. der üblichen Nachbestände bestimmt werden...

Nach der vorbeschriebenen Ordnung für eine

Musikinstrumentensteuer

sind zu erfüllen: für 1 Klavier (Piano) für Sandspiel 50 Mark, 1 Flügel für Sandspiel 75 M., 1 Klavier (Piano) mit Zehlfachparat 100 M., 1 Flügel mit Zehlfachparat 125 M., 1 Harmonium 50 M., 1 Gramophon oder Phonograph 20 M....

Ueberrachungssteuer

erlassen werden. Danach wird von allen Ortsfremden, welche im Besitz der Einkommenssteuer Merseburg, ohne hier einen Wohnsitz zu haben, in Müssen übernommen, die bei Ueberrachungssteuer erhoben, wenn ihr Aufenthalt die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigt und für die jede einzelne Ueberrachung zu zahlende Vermögen nicht weniger als 3 M. beträgt.

Die Steuer beträgt 10 vom Hundert der für die Vermögen der Einkommensteuer und der Wäse zu zahlenden Vermögen. Die Steuerbeträge sind auf volle 10 S. nach oben abzurunden.

Die Tagesordnung der nächsten Stadtvorstandssitzung

* Am Montag den 28. Februar, findet im alten Rathsaal die Sitzung der Stadtvorstandssitzung mit folgender Tagesordnung statt: Einführung eines Stadtvorstandes. 1. Nachbestimmungen von 5000 M. bei Teil II des Ausgabebaus des Altersheims. 2. Nachbestimmungen von 5440 M. bei Teil II, IV und VII des Ausgabebaus des Altersheims. 3. Einstellung einer Schloßer zur Bedienung des Heimenvertrages im Kranzenhause. 4. Genehmigung einer Ausgabebausordnung im Besitz der Stadt Merseburg. 5. Genehmigung einer Musikinstrumentensteuerordnung. 6. Genehmigung einer Nachpfandsteuerordnung. 7. Genehmigung einer Ueberrachungssteuerordnung. 8. Genehmigung einer Steuerordnung betr. die Besteuerung des reichs-einkommenssteuerfreien Einkommens für das Altersheim. 11. Wenderung der Statuten des Altersheims. Anschließend findet eine achte Sitzung statt.

Katuna Oberstlester

* Der Verband heimattreuer Oberstlester teilt mit, daß die Interalliierte Kommission auf Antrag Passierscheine an gewisse Abstammungsbedingte der Kategorie A und C ausstellen läßt. Diese Passierscheine haben den Zweck, die wegen Abwesenheit von Oberleuten nicht einflussreichen Reaktivationsarbeiten zu erleichtern, dienen zur Einreise nach Oberkasselen, auch als Bahnkarte. Solche Passierscheine müssen beantragt werden von 1. von Stimmberedigten der Kategorie A die ihren Wohnsitz im Abstammungsgebiet haben, sich aber vorübergehend außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten. Für diese letzteren ist es ohne Bedenken, seit welcher Zeit sie sich außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten. Es gehören hierzu a. B. Studierende, die zur Unversität abgereist sind, Geschäftsreisende, junge Kaufleute, die die Handelsschule besuchen, junge Mädchen, die in Anstalten oder Fremden untergebracht sind, alle Saisonarbeiter und andere mehr. Der Antrag auf Uebernahme der Passierscheine muß sofort auf einem vorgeschriebenen Formular erfolgen, wie es bei allen Ortsgruppen der Vereinten Verbände heimattreuer Oberstlester kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Abiturienten-Examen am Domgymnasium

* An der heute beendeten Abschlußprüfung der beschriebenen Abiturienten am hiesigen Domgymnasium wurde 7 Abiturienten des Rezens der Reife unter Bestehen von der mündlichen Prüfung aufgrund ihrer schriftlichen Arbeiten anerkannt. Es sind dies die Abiturienten Herbert Grund, Helm Güthe, Konrad Eickmann, Karl Feinel, Gerhard Schöne, Alfred Schmidt, Bernhard Wulke.

Eröffnung der neuen Kreispartalle

* Heute morgen 8 Uhr wurde der Geschäftsbetrieb der Kreispartalle in den neuen freundlichen Räumen im Landratsamt, Kleine Ritterstraße 19, aufgenommen. Nachdem Herr Landrat Dr. Schöndorf mit einer markigen Rede den Antrage die neuen Räume seiner Bestimmung übergeben hatte, dankte Herr Sparfassenbetreuer Schuma an unter gleichzeitiger Erklärung eines Beschlusses über die bisherige Entwicklung, den bereits erfolgten und weiter geplanten inneren Ausbau der Kreispartalle. Die neuen Geschäftsräume sind mit Gemächern der Reueit entsprechend eingerichtet und ausgestattet. Daß mit dieser Schaffung einem längst vorhandenen Bedürfnis abgeholfen wurde, bewies der rege Verkehr und die anschließende neue Kundenzahl gleich in den ersten Vormittagsstunden des heutigen Tages. Da die Räumlichkeiten in bonafideitlichen Ansehnlichkeiten allen an sie zu sendenden Anforderungen unbedeutend und in jeder Weise zu werden in der Lage ist, nimmend auch über eine kleine aerumliche Feuer- und diebesichere Stabkammer verfügt, stehen keinerlei Hindernisse zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung der Kasse mehr im Wege.

Lezte Depeschen

Kabinettsberatung und Londoner Konferenz.

Berlin, 25. Febr. Laut „Post. Ag.“ hat der Vorsitzende der deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, in einem Schreiben an das Zentrum und die Demokraten vorgeschlagen, die Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen Koalition im Reich und in Preußen bis nach dem Zusammentritt der Londoner Konferenz zu vertagen. Es ist anzunehmen, daß diesem Vorschlage, der auch den Wünschen der Sozialdemokratischen Regierung traut, entsprochen werden wird.

Die Rheinlande stehen treu zum Reich.

Köln, 25. Febr. Ein in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gegen die kommunalfiskale Kräfte mit allen Stimmen angenommenen Beschlusse betont, daß von den von der Entente angeordneten Sanktionen die Verlängerung der Besatzungsdauer und die Errichtung einer Zollgrenze längs des Rheines die Rheinländer besonders schwer treffen. Es heißt dann weiter: „Ingefallt der Londoner Konferenz erfüllen wir die Pflicht, daß auch die Rheinlande dieser Bestimmung und in unserer Treue zu Deutschland und zum deutschen Volk nicht wanken lassen wird und daß die schweren wirtschaftlichen Schäden, für uns wie auch für die Reichsregierung zurückzutreten haben hinter den Gesamtinteressen des deutschen Volkes.“

Lloyd George für gemeinsame Konzeptionen.

Paris, 25. Febr. Laut „Petit Parisien“ ist Lloyd George der Ansicht, daß wenn man von den Griechen Konzeptionen verlangt man auch solche von anderen, durch den Vertrag von Sevres begünstigten Staaten verlangen müsse. England, Frankreich und Italien müßten auf einen Teil ihrer über die Türkei verhängte Kontrolle verzichten, und Frankreich und Italien müßten gewissen Vorteilen entsagen, z. B. dem nach dem Vertrage von Sevres abgeschlossenen Dreier-Abkommen, das ihnen Anatolien zusichert, während England Mesopotamien räumen sollte.

Benizelos verläßt die Orientkonferenz.

London, 25. Febr. Am Samstag darauf, daß Benizelos hier nachdrücklich für Nichtabänderung des Vertrages von Sevres eintrat, ist die Neutermindung beachtenswert, daß Benizelos gestern früh von London abgereist ist und nicht die Absicht hat, während der Konferenz wieder zurückzukehren.

Die Forderungen der Türken in London.

London, 25. Febr. Auf der Konferenz erklärte gestern Herr Sami Bey namens seiner Delegation, die türkischen Forderungen erziehen sich 1. auf territoriale und politische, 2. finanzielle und wirtschaftliche Ansprüche. Er verlangte u. a. für die europäische Türkei die Grenzen von 1913, die Anerkennung der türkischen Oberhoheit bei gleichzeitiger Selbstverwaltung der Provinzen. Ferner vollständige wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit und Abhängigkeit der gegenseitigen Schäden und Entschädigungen. Nach kurzer Beratung der Alliierten sprach sich ab Herr Sami Bey über Thrasien, der die Notwendigkeit betonte, Osttrazien der der Türkei zu überlassen. Kajaoroz wurde aufgefodert, um 4 Uhr nachmittags eine Aufstellung der türkischen Forderungen einzureichen.

10 englische Bataillone nach Oberschlesien.

Breslau, 25. Febr. Auf Abkündigung wurden nicht 4, sondern 10 englische Bataillone der Rheinarmee nach Oberschlesien geschickt werden. Ein italienisches Bataillon ist bereits am Sonntag in Ratibor eingetroffen. Der „Gonice Stouff“ ist von der Interalliierten Kommission wegen eines Artikels „Wir und die Emigranten“ auf 4 Tage verboten worden.

Wieder eine polnische Mordtat.

Reuthen, 25. Febr. Auf einer Dienstreife des Generaldirektors der Eisenbahnen, Herr von Direktor 1. Führer von Reuthen nach Wisnau wurde das Automobil beschossen. Eine Kugel traf Führer tödlich. Die Täter sind unklar.

bleibt Laurent in Berlin?

Paris, 25. Febr. Dr. Laut „Leuvre“ beschäftigt entgegen aller Dements der französische Volkspartei in Berlin. Laurent, doch, seinen Willen zu verfallen. Laurent habe als Aufstrebendstmalig verschiedener Gesellschaften diese arbeiten, auf dem neuen Witzberichten nicht mehr seinen Namen mit dem Aufbruch französischer Volkspartei in Berlin, sondern nur noch mit französischer Volkspartei zu führen.

Wiederwahl eines Schiedsmanns-Stellvertreters.

* Der Magistrat ist bekannt: Der Privatmann Arthur Schiedler ist als Schiedsmann-Stellvertreter für den III. Reichlichen Bezirk wiedergewählt und von Landratspräsidenten in Halle a. S. auf eine weitere dreijährige Amts-dauer vom 15. Februar 1921 bis 14. Februar 1924 befristet worden.

Eine Aus- und Fremdbankverkennung

findet am Sonntag, den 28. Februar 1921, nachmittags 3 Uhr, auf dem Breitenplan am hiesigen Gotthardts-Platz (früherer Militärchießstand) statt.

Stromabschaltung.

* Am Sonntag, den 27. Februar 1921, wird in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags die Strom-energie wegen dringender Arbeiten am Hochspannungs-geleit.

Die Einkommenssteuer des Geschäftsführers Berdey in die Stadtgemeinde Merseburg ist jetzt auch vom Minister des Innern genehmigt worden.

Bereit für Feuerbestattung.

* Die Verammlung des Vereins für Feuerbestattung findet nicht, wie durch einige Bekanntmachungen, am Sonntag, den 26. Februar, statt. Sie ist vielmehr auf Freitag, den 4. März, verlegt worden und beginnt um 8 Uhr abends im „Alten Deutscher“.

Die Eidesformel.

* An letzter Zeit hat die Eidesformel wieder eine Wendung erfahren. Vor der Revolution und Aufstrebenden, daß ich nach bestem Willen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde. So wahr mir Gott helfe! Nach der Revolution: „Ich schwöre, daß ich nach bestem Willen und Gewissen die reine Wahrheit werde.“ — Jetzt: „Ich schwöre, daß ich nach bestem Willen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde. So wahr mir Gott helfe!“

Amerikanische.

* Nach einer Mitteilung des Sekretärs der amerikanischen Quäkerhilfe sind bis jetzt Rohbaummittel im Höhe von 3 Millionen Dollars geliefert. Daran sind die Deutsche-Amerikaner mit 800.000 Dollar, die amerikanischen Quäker mit 25.000, die deutschen Membranen mit 150.000 Dollar beteiligt. Auch von den 2 Millionen Dollar Spenderarbeiten ist der größere Teil von den deutsch-amerikanischen aufgenommen. So anerkanntwert das Werk der Quäker ist, nicht nur doch darüber die brüderliche Hilfe der Deutsch-Amerikaner, die sich in so arbeitsreicher Weise bei der Quäkerhilfe betätigt, nicht vergessen.

Reiseveranstaltungen.

die während des ersten Ausbruches (Frühjahr) der Ersterkrankungen in den Ostpreussischen des Oders-Bezirksteinsbezirks Halle (Saale) herabgelassen werden sollten, sind bis zum 1. März, bei den Bestämmern des Bezirks, für die Stadt Halle beantragt worden. Die Anmeldebücher können von vielen Metern kostenfrei bezogen werden. Die Erteilung solcher Anmeldebücher ist erst nach dem 1. März einzuholen, ist während des ersten Ausbruches nicht neuen Erklärungen der durch die vererbte Anmeldebücher etwa erwünschten Maßnahmen ausführbar.

Wittensbau.

* Die Landwirte sind durch die Reichsentralfstelle mit Hilfe von Selbstverwaltungskörpern zu verpflichten, einen bestimmten Teil ihres Ackerlandes mit Protektoren zu besetzen. Auch bei Uebungsflächen und Fruchtfolge weisung ist die Pflicht zu nehmen ist. Hierbei ist eine Anbaufläche für Protektoren zu bauen zu lassen, die der Anbaufläche für Protektoren in dem Jahre 1913 entspricht. Erweitert sich die Veranbarung der Anbaufläche aus dem Jahre 1913 für den einzelnen Landwirt auf eine Hektar, so kann auf keinen Fall die Anbaufläche mehrerer vor dem Jahre 1914 liegender Jahre als Wittensbaufläche zu bauen werden.

Trinkwasserentnahme als Entlassungsgrund.

* Der Schlichtungsanspruch Groß-Verein hat in einer Streitfahndung über einen Fall, dessen Zwecksetzung und Entschädigung die kritische Entlassung der beiden Kläger wegen Trinkwasserentnahme für berechtigt erklärt. An dem betreffenden Klagefall war als Inhalt zu dem allgemeinen östlichen Vertrag im Klageausweide die Trinkwasserentnahme anzuzeigen, daß das Trinkwasser als ein Teil der Entlassung der Kläger durch den letzten Ansehens von 400 M. und 2 v. S. von Limas einbehalten abgibt ist, und daß sich die Kläger des Betriebes verpflichten, bei Ertrage der kritischen Entlassung keine Trinkwasser anzuzeigen. Da die Kläger trotzdem Trinkwasser anzuzeigen haben, war ihre Entlassung anerkannt.

Ueberrichten der Bureauaufsätze.

* Der Deutsche Städtebund hat bei der Reichsregierung Einbruch dagegen erhoben, daß nach dem Entwurf des Arbeitsbeschäftigungsgesetzes die Landesämter für Arbeitsvermittlung und Ausschickungsstellen der Gemeinden kommunalwirtschaftliche Berufen werden können, anstatt daß es auf den durch die Technik der Arbeitsvermittlung geordneten Tätigkeitsfeldern (wissenschaftliche Vermittlung) bedürftig werden. Dießem neuen Entwurf ist die Selbstverwaltung bedürftig es anzuzeigen der beschriebenen kommunalwirtschaftlichen Aufstellung. Nach den mit den Landesämtern bisher gemachten Erfahrungen werde die ihnen jetzt zuwachende Rolle nur zu einer loslösen und dabei entsprechenden Vermehrung der Amtsstellen und einrichtungen führen. Aber dies ist nicht ein Mann das gerade, die meisten sollen wieder lumbische „Wolfs“ in außerordentlichen Stellen untergebracht werden.

Aus Provinz und Reich

Selbstmord eines Brautpaars. + Landsherna a. Warthe, 25. Febr. Selbstmord durch Erschießung im Gammum der 22jährige Student Schumann und seine gleichaltrige Braut, die Tochter eines hiesigen Gammumalschloßers.

Große Ausstellungen in einer billigen Verammlung. + Gießen, 25. Febr. (Ein. Drabter.) Hier kam es in einer deutsch-billigen Verammlung zu einer willigen Schließung, in deren Verlauf ein hiesiger Studierender dort misshandelt wurde, daß er schwere innere Verletzungen davon trug. Anweisung Anhänger der kommunalfiskalen Partei sollen gegen vorherige Bestimmung zur Ehrennung der Verammlung abgemacht worden sein. Die hiesige Staatsanwaltschaft beschließt sich bereits mit dieser Angelegenheit.

Ein veränderter Zwischenfall bei einer Vernehmung. + Gießen, 23. Febr. Ein veränderter Zwischenfall ereignete sich bei einer Vernehmung einer Inhabertrachten Frau in unserem Nachbarort Trebra. Beim Herausgehen des Straßenschildes erst das eine und dann das andere Teil, jedoch sich der Frau öffnete und die hiesigen heranziehenden Bemühungen zela, es zunächst den arbeits fessenden Sora und abdukt auch die Leiche wieder herauszuholen und von neuem einzufahren. Die Situation war natürlich für das zahlreich leidtragende Trauerkolle eine überaus peinliche.

Seamontische Redaktion Postill, Berl. und Brod Zell. Danks Post. — Spott: M. Sedelmer. — Anzeiger: S. Post. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt S. Post, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

